

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Der Netzausbau ist die Achillesferse der Energiewende

Der Ausbau der Windkraft und Photovoltaik (PV) ist in Deutschland gut vorangekommen. Der für den Wechsel auf erneuerbare Stromquellen ebenfalls erforderliche Ausbau der Stromnetze stockt allerdings. Schon jetzt gibt es erhebliche Engpässe im Stromnetz – insbesondere bei der weiträumigen Übertragung von Strom. Die Folge sind hohe und steigende Kosten zur Stabilisierung des Netzes: Im Jahr 2017 waren es bereits 1,4 Mrd. Euro – zu Lasten von Unternehmen und Verbrauchern.

Mit der Energiewende müssen vor allem die Verbindungen zwischen dem windreicheren Norden und Osten zu wichtigen Industriestandorten in Süddeutschland ausgebaut werden. Ursprünglich sollten diese Trassen bis 2022 fertig sein. Denn dann werden die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. Tatsächlich werden diese Leitungen wohl frühestens 2025 fertig, weitere Verzögerungen nicht ausgeschlossen.

Energiewende gerät ohne Netzausbau ins Stocken

■ Seit Wochen streitet die Regierungskoalition, wie die geplanten Sonderausschreibungen für Wind- und Sonnenenergie mit der bislang beschränkten Aufnahmefähigkeit der Netze zu vereinbaren sind – beides wurde im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Dabei besteht kein Zweifel: Ohne einen zügigen Ausbau des Stromnetzes wird die Energiewende zunehmend ins Stocken geraten. Deutschland kann dann zwar mehr Wind- und Solarenergie produzieren als heute, den Strom aber mangels Leitungen nicht zu den Abnehmern transportieren. Bislang ist es nicht gelungen, den Konflikt um den erforderlichen Netzausbau entlang der möglichen Trassenverläufe zu entschärfen. Die Folge ist: Genehmigungsverfahren für neue Stromtrassen ziehen sich in die Länge.

Aktionsplan Netze greift zu kurz

■ Richten soll es ein Maßnahmenbündel, das der Bundeswirtschaftsminister jüngst in einem „Aktionsplan Netze“ vorgestellt hat. Kurzfristig sollen bestehende Netze besser ausgelastet werden, zum Beispiel mittels Temperaturüberwachung der Freileitungen und durch eine intelligente Steuerung der Stromflüsse. Um den Netzausbau selbst zu beschleunigen, sind unter anderem Vereinfachungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren vorgesehen. Solche Maßnahmen können einen Beitrag dazu leisten, die bestehenden und absehbaren Netzengpässe zeitnah zu entschärfen. Es fehlt aber noch immer ein konkreter Zeitplan für die Umsetzung dieser Vorschläge, die zudem nicht neu sind. So hat die Bundesnetzagentur bereits mit dem Netzentwicklungsplan 2017 so genannte Ad-Hoc-Maßnahmen für eine bessere Auslastung der Bestandsnetze genehmigt.

Priorität Nr. 1: Neue Stromtrassen brauchen mehr Akzeptanz

■ Noch kritischer: Auf die zentrale Herausforderung des Netzausbaus – die Akzeptanz vor Ort – bietet der Aktionsplan keine Antwort. Das vorgesehene Controlling der Netzvorhaben durch Bundesnetzagentur, Länder und Netzbetreiber einschließlich des Netzgipfels mit den Länderministern kann bestenfalls helfen, die Verfahren zu optimieren. Der Netzausbau braucht vielmehr dringend eine klare politische Unterstützung, die bis in die Länder und Kommunen hineinwirkt. Ausgangspunkt dafür ist die Erkenntnis, dass die Energiewende ohne Netzausbau nicht gelingen kann.